

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

Bundesverwaltung

## **Personalabbau und steigender Krankenstand**

### **Vorbildlich**

BEM im Wasser- und  
Schiffahrtsamt Verden

### **ver.di neuer Service**

[www.oeffentlicherdienst.de](http://www.oeffentlicherdienst.de)

### **Vorsorge**

Infos zum Altersgeld

Ausgabe 01 23.01.2014  
[www.beamtinnen-magazin.de](http://www.beamtinnen-magazin.de)



## INHALT

**Titel**

Bundesverwaltung  
Personalabbau und steigender Krankenstand 4

**Aus dem Bund** 7

**Interview**

Rolf Lühning und Sabine Engel-Michael  
über das BEM im Wasser- und Schifffahrts-  
amt Verden 9

**Aus den Ländern** 10

**Aus den Gewerkschaften**  
www.oeffentlicherdienst.de 15

**Service**

Altersgeld – Anspruchsvoraussetzungen  
und Leistungsumfang 17

**Vermischtes** 18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Lisa Kranz, Andrea Schmid, Henriette Schwarz  
Titelbild: fotolia.de/r-o-x-o-r  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte, Uwe Tillmann, 1. Industriestr.  
1–3, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Telefax:  
0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de,  
www.beamten-magazin.de  
Erscheinungsweise: monatlich im 21. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Foto: Kay Hirschelmann



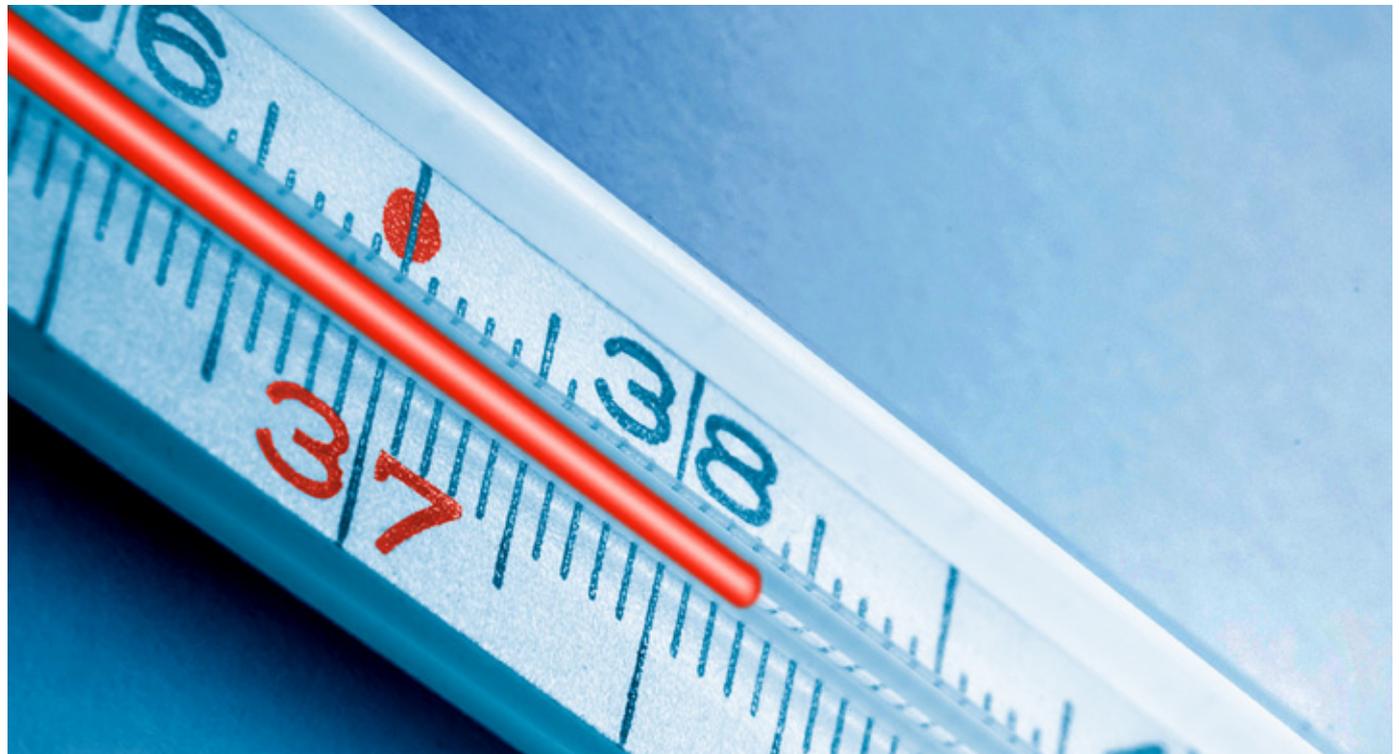
**Dr. Karsten Schneider**  
Leiter der Abteilung Beamte  
und Öffentlicher Dienst beim  
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

der öffentliche Dienst genießt als Arbeitgeber einen guten Ruf. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben viel dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigungsbedingungen der Beamtinnen und Beamten sowie der Tarifbeschäftigten positiv entwickelt haben. Aber: die öffentliche Hand lebt zunehmend von der Substanz. Pauschalen Kürzungsprogrammen stehen oft sogar neue Aufgaben gegenüber. Dies kann nicht ohne Folgen für die Qualität bleiben, mit der die Bürgerinnen und Bürger öffentliche Leistungen und ein sicheres Leben erwarten können. Diese Zangenbewegung – mehr Aufgaben bei weniger Ressourcen – verschärft der öffentliche Dienst als Arbeitgeber dabei noch, indem er zu selten Prioritäten setzt und die Verantwortung für die öffentlichen Aufgaben bei den Beschäftigten belässt. Nicht zufällig ist der Krankenstand im öffentlichen Dienst besonders hoch. Ein guter Arbeitgeber muss sich hier viel frühzeitiger mit Aufgabenkritik und der Frage befassen, wie ausreichende Ressourcen für die Erledigung der Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können.

Eine ausreichende Personalbemessung und eine öffentliche Debatte, welche vom Kopf auf die Füße gestellt wird, das heißt in der die Frage gestellt wird, welche Aufgaben die Bürgerinnen und Bürger erfüllt sehen wollen und sich darauf folgend um die Finanzierung dieser Aufgaben bemüht, müssen daher für diese Legislatur auf der Tagesordnung stehen. Dazu gehört ein Gesundheitsmanagement, das die Fehler nicht beim Individuum sondern in den Strukturen sucht. Mit diesem Thema befasst sich das vorliegende Magazin für Beamtinnen und Beamte.

Mit freundlichen Grüßen



# Bundesverwaltung Personalabbau und steigender Krankenstand

Foto: fotolia.de/fr-o-x-o-r

An die 56.000 Stellen wurden zwischen 2006 und 2012 in den obersten Bundesbehörden und ihren Geschäftsbereichen abgebaut. Im gleichen Zeitraum stieg der durchschnittliche Krankenstand der Beschäftigten von 15,37 auf 19,25 Arbeitstage. Während innerhalb von sechs Jahren fast 19 Prozent des Personals eingespart wurde, nahmen die krankheitsbedingten Fehltag um 25 Prozent zu. Die Zahlen sind alarmierend.

## Krankheitsquote steigt weiter

2012 waren die Beschäftigten in der unmittelbaren Bundesverwaltung an 7,67 Prozent der Arbeitstage krankheitsbedingt verhindert. Das bedeutet erneut einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Die Daten sind dem Gesundheitsförderungsbericht des Bundesministeriums des Innern (BMI) zu entnehmen, der Ende 2013 veröffentlicht wurde. Berücksichtigt wurden insgesamt 242.845 Personen (ohne Soldatinnen und Soldaten). Laut Bericht geht der Zuwachs bei den Abwe-

senheitszeiten im öffentlichen Dienst des Bundes auf mehr Langzeiterkrankungen zurück. Dies sind Erkrankungen mit einer Dauer von mehr als 30 Tagen. Davon betroffen sind wiederum insbesondere ältere Beschäftigte. Demnach sind ältere Beschäftigte zwar weniger häufig krank als jüngere, dafür dauert die Erkrankung aber länger. Betrachtet man die Häufigkeit von Fehltagen nach Altersgruppen und berücksichtigt, dass das Durchschnittsalter von derzeit 45,6 Jahren unter anderem auf Grund der Anhebung der Regelaltersgrenze bei

Rente und Pension in den nächsten Jahren weiter steigen wird, ist nicht mit einer Trendwende zu rechnen. Diesen Schluss zieht auch das BMI im vorliegenden Bericht.

#### Die Altersstruktur und ihre Konsequenzen

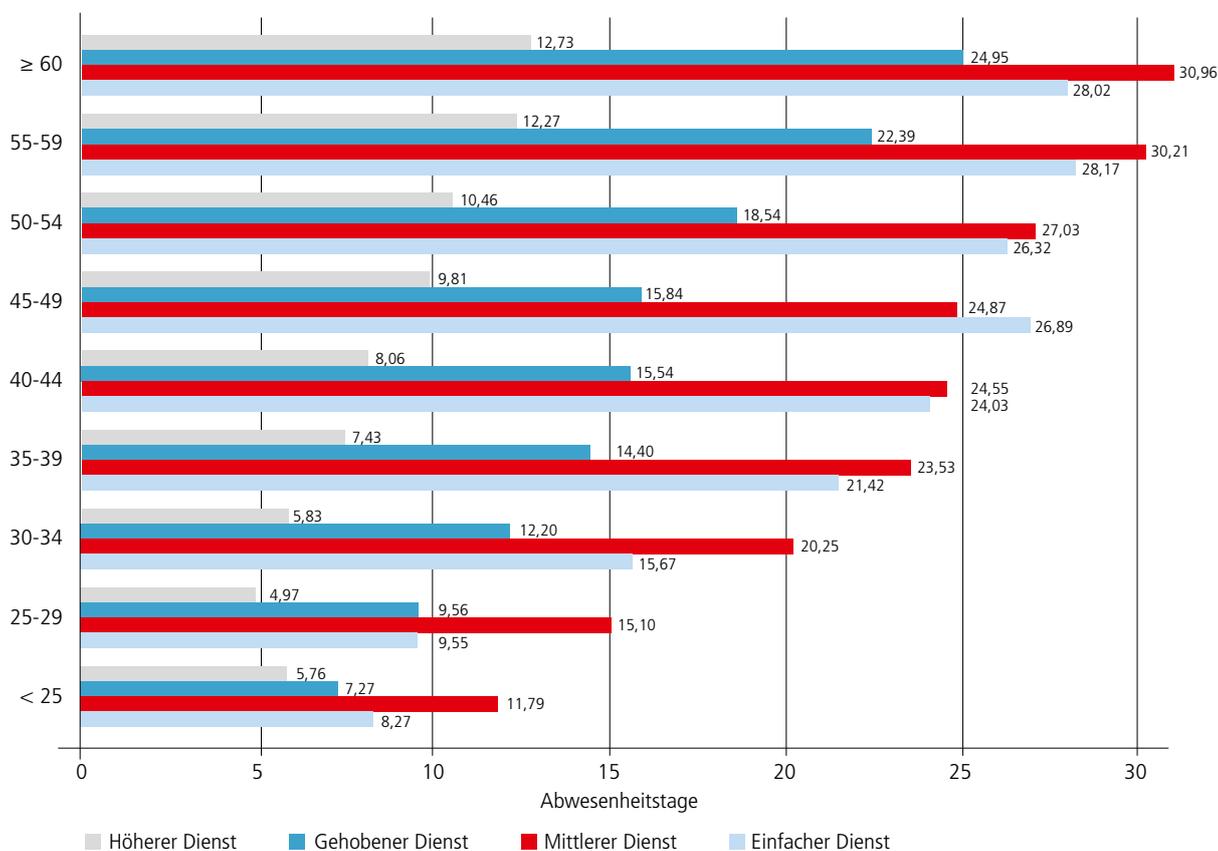
Das BMI verweist auf die demografischen Rahmenbedingungen als eine Ursache für den Krankenstand. So waren im Jahr 2012 59,7 Prozent der Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung älter als 45 Jahre während dies in der übrigen Erwerbsbevölkerung auf 44,6 Prozent zutrifft. Angesichts der demografischen Entwicklung hebt das BMI die Bedeutung präventiver und gesundheitsförderlicher Maßnahmen hervor. Und in der Tat ist in den vergangenen zwei Jahren eine verstärkte Zuwendung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement festzustellen, die unter anderem im Projektsteckbrief „Weiterentwicklung des Systematischen betrieblichen Gesundheitsmanagements“ zum Ausdruck kommt. Dieser wurde im Zuge des Demografieipfels der Bundesregierung im vergangenen Jahr unter Beteiligung der Gewerkschaften er-

arbeitet. Das BMI selbst betont immer häufiger die Wichtigkeit eines Gesamtkonzepts für ein betriebliches Gesundheitsmanagement. An einem solchen muss sich die Führungsebene der Bundesverwaltung in den kommenden Monaten messen lassen.

Zu einem umfassenden Konzept gehört auch die verantwortungsvolle Aufgabe des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM). Arbeitgeber sind gesetzlich dazu verpflichtet, Beschäftigten, die innerhalb eines Jahres insgesamt mehr als sechs Wochen krankheitsbedingt am Arbeitsplatz gefehlt haben, ein BEM-Verfahren anzubieten. In dessen Rahmen sollen Lösungen für den Erhalt bzw. für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit gefunden werden (siehe hierzu auch das Interview auf Seite 9). Mit Verweis auf den weiteren Anstieg von Langzeit-

Die Gesundheitsförderungsberichte finden Sie auf der Homepage des BMI unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) – Themen – Moderne Verwaltung – Dienstrecht – Personalmanagement – Gesundheitsmanagement.

Durchschnittliche Abwesenheit nach Alters- und Laufbahngruppen in der unmittelbaren Bundesverwaltung im Jahr 2012\*



\* Die Abbildung berücksichtigt ca. 73 Prozent der Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung (nicht berücksichtigt: Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums)

Quelle: Gesundheitsförderungsbericht 2012 des BMI.

### Entwicklung der Abwesenheitstage je Beschäftigtem in der unmittelbaren Bundesverwaltung seit 2006



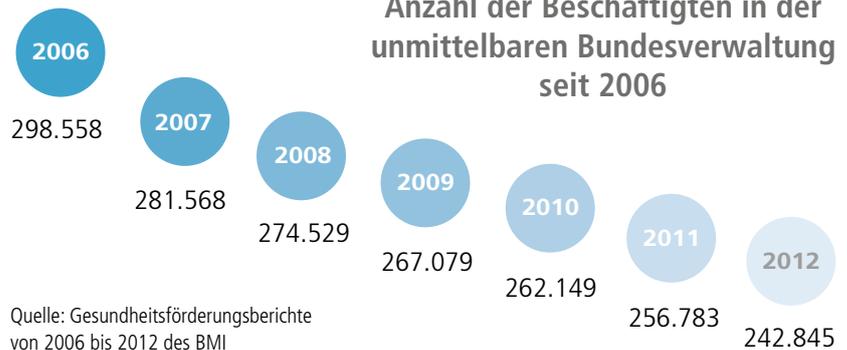
Quelle: Gesundheitsförderungsberichte von 2006 bis 2012 des BMI

erkrankungen ist dem BEM das Schwerpunktthema des Gesundheitsförderungsberichts gewidmet. Positive Ansätze sind also zu erkennen. Bezieht man jedoch die Tatsache der Stellenkürzungen in den vergangenen Jahren in die Betrachtung mit ein, liegt der Schluss nahe, dass auch Arbeitsverdichtung als ein wesentlicher Grund für einen zunehmenden Krankenstand nicht von der Hand zu weisen ist. Krankheitsbedingte Abwesenheit wiederum führt zu einer Verschärfung der Situation für die anwesenden Beschäftigten. Die Verfasser des Berichts verschweigen auch nicht den umfangreichen Personalabbau, dem der öffentliche Dienst des Bundes seit Jahren ausgesetzt ist. So heißt es dort: „Einer stetigen Reduktion des Personalumfangs stehen Aufgabenzuwächse [...] gegenüber.“ Zu dieser Problematik aber sind Lösungsansätze fehlangezeigt.

### DGB: Neueinstellungen erforderlich

Entsprechend der Forderung des DGB gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, wurde der Kahlschlag beim Personal im öffentlichen Dienst zumindest gestoppt. Jetzt sind aber – ergänzend zu Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung – sofortige Neueinstellungen erforderlich. Weil das betriebliche Eingliederungsmanagement, Gesundheitskurse oder auch die arbeitsplatzbezogene Gefährdungsbeurteilung immer nur das Individuum oder maximal noch sein direktes Umfeld im Blick haben, bleiben Fehler im Gesamtsystem außen vor. Bei der Konzeption eines umfassenden Gesundheitsmanagements dürfen die Akteure die Augen nicht davor verschließen, dass immer weniger Personal immer mehr Aufgaben stemmen muss.

### Anzahl der Beschäftigten in der unmittelbaren Bundesverwaltung seit 2006



Quelle: Gesundheitsförderungsberichte von 2006 bis 2012 des BMI



**DGB**

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



## „Beamten-Magazin“ und „Wissenswertes“



für nur **19,50 Euro**  
(inkl. Versand)

&



Sie interessieren sich für Änderungen und Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrecht bei Bund und Ländern und wollen auf dem Laufenden bleiben? Sichern Sie sich das BEAMTEN-MAGAZIN im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Zum Komplettpreis von 19,50 Euro liefern wir Ihnen ein ganzes Jahr lang bequem nach Hause

- **1 x monatlich** das BEAMTEN-MAGAZIN
- **1 x jährlich** (im Frühjahr) die aktuelle Jahresausgabe des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

Wir  
übernehmen  
das Porto

### Antwort

**INFO-SERVICE**  
**Öffentlicher Dienst/Beamte**  
**Uwe Tillmann**  
**1. Industriestr. 1–3**  
**68804 Altlußheim**

## Publikationen für den öffentlichen Dienst und Beamtinnen und Beamte

Anzahl	Bestell-Nr.	Taschenbücher & Ratgeber	Einzelpreis	Gesamt
	IS 2007	Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte	7,50	
	IS 2006	Neuordnung des Beamtenrechts	7,50	
	1 06 01	Rund ums Geld im öffentlichen Dienst	7,50	
	2 01 01	Beamtenversorgung	7,50	
	3 01 01	FrauenSache im öffentlichen Dienst	7,50	
	4 01 01	Beihilfe	7,50	
	5 01 01	Nebentätigkeitsrecht	7,50	
	7 01 01	Gesundheit von A-Z	7,50	
	8 01 01	Berufsstart im öffentlichen Dienst	7,50	
	9 01 01	Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst	7,50	
Summe zzgl. 2,50 Euro Versand				

**Ja**, ich möchte ab sofort von den Vorteilen des Doppelpacks „**BEAMTEN-MAGAZIN & Wissenswertes**“ profitieren und zahle jährlich 19,50 Euro (inkl. MwSt. und Versand).

**Ja**, ich möchte das Taschenbuch „**Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte**“ auch in den Folgejahren erhalten und zahle daher den Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versand.

**Ja**, ich möchte kostenlose Informationen zur staatlichen Förderung der Altersvorsorge und zum Altersvorsorgepaket „**Das RentenPlus**“ erhalten.

#### Absender

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Tel.:

E-Mail:

#### Ich zahle bequem per Lastschrift einzug

Konto-Nr.:

Bank:

BLZ:

Unterschrift:

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft

IG BAU  IG BCE  EVG  GEW  GdP  ver.di  Andere .....

und zahle für jedes Buch den Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versand.

Bestellungen: Tel: **0211 72134571** Fax: **0211 72134573** Web: **www.beamten-informationen.de**